

Politik und Gesellschaft in der Schweiz

# Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz

Markus Freitag  
Adrian Vatter  
(Herausgeber)

**NZZ Libro E-Book**

Verlag Neue Zürcher Zeitung

Politik und Gesellschaft in der Schweiz

# Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz

Markus Freitag  
Adrian Vatter  
(Herausgeber)

**NZZ Libro E-Book**

Verlag Neue Zürcher Zeitung



Markus Freitag und Adrian Vatter (Hrsg.)

## **Politik und Gesellschaft in der Schweiz**

Band 1:

Markus Freitag (Hrsg.),  
Das soziale Kapital der Schweiz

Band 2:

Thomas Milic, Bianca Rousselot, Adrian Vatter,  
Handbuch der Abstimmungsforschung

Band 3:

Markus Freitag, Adrian Vatter (Hrsg.),  
Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz

Weitere Bände in Vorbereitung

Verlag Neue Zürcher Zeitung

# Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz

Herausgegeben von  
Markus Freitag und Adrian Vatter

Unter Mitarbeit von

Kathrin Ackermann

Maya Ackermann

Klaus Armingeon

Julian Bernauer

Marc Bühlmann

Sarah Engler

Matthias Fatke

Jan Fivaz

Marlène Gerber

Anja Heidelberger

Karin Ingold

Cloé Jans

Sara Kijewski

Claude Longchamp

Anita Manatschal

Thomas Milic

Sean Mueller

Carolin Rapp

Daniel Schwarz

Isabelle Stadelmann-Steffen

Rolf Wirz

Verlag Neue Zürcher Zeitung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2015 Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich  
Der Text des E-Books folgt der gedruckten 1. Auflage 2015 (ISBN 978-3-03810-098-0)

Titelgestaltung: icona basel  
Datenkonvertierung: CPI books GmbH, Leck

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werks oder von Teilen dieses Werks ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

ISBN E-Book 978-3-03810-124-6

[www.nzz-libro.ch](http://www.nzz-libro.ch)

NZZ Libro ist ein Imprint der Neuen Zürcher Zeitung

# Abkürzungen der Kantone

AG	Aargau
AI	Appenzell Innerrhoden
AR	Appenzell Ausserrhoden
BE	Bern
BL	Basel-Landschaft
BS	Basel-Stadt
FR	Freiburg
GE	Genf
GL	Glarus
GR	Graubünden
JU	Jura
LU	Luzern
NE	Neuenburg
NW	Nidwalden
OW	Obwalden
SG	St.Gallen
SH	Schaffhausen
SO	Solothurn
SZ	Schwyz
TG	Thurgau
TI	Tessin
UR	Uri
VD	Waadt

VS	Wallis
ZG	Zug
ZH	Zürich

# Abkürzungen der Schweizer Parteien

AP	Auto-Partei
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei
BGB	Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei
CSP	Christlichsoziale Partei
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
DP	Demokratische Partei
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union
EVP	Evangelische Volkspartei
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei/FDP.Die Liberalen
FGA	Feministische und grün-alternative Gruppierungen
FPS	Freiheits-Partei (ehemals Auto-Partei der Schweiz)
GBS	Grünes Bündnis Schweiz
GLP	Grünliberale Partei
GP	Grüne Partei der Schweiz
GRAS	Grüne Alternative Schweiz
KK	Katholisch-Konservative Partei
KPS	Kommunistische Partei der Schweiz
KVP	Katholische Volkspartei der Schweiz
LdU	Landesring der Unabhängigen
Lega	Lega dei Ticinesi
LPS	Liberale Partei der Schweiz
MCG	Mouvement Citoyens Genevois
NA	Nationale Aktion

PdA Partei der Arbeit der Schweiz  
PNOS Partei National Orientierter Schweizer  
POCH Progressive Organisationen der Schweiz  
PPS Piratenpartei Schweiz  
RML Revolutionäre Marxistische Liga  
SAP Sozialistische Arbeiterpartei  
SD Schweizer Demokraten (ehemals Nationale Aktion NA)  
SP Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
SVP Schweizerische Volkspartei

# Einleitung und Überblick

*Adrian Vatter und Markus Freitag*

## **1. Einleitung**

Vor 20 Jahren markierten die Analysen zu den eidgenössischen Wahlen von 1995 den eigentlichen Startschuss der schweizerischen Wahlforschung. Die erstmalige Befragung von mehreren Tausend Personen in der Schweiz im Rahmen des damals neu lancierten Projekts Selects (Swiss Electoral Studies) unter der Leitung der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich führte in den folgenden Wahljahren zu zahlreichen weiteren Bevölkerungsbefragungen und Studien. Auf dieser Grundlage hat die Schweiz den Anschluss an die international vergleichende Wahlforschung geschafft und mit teilweise ausgezeichneten Untersuchungen auf sich aufmerksam gemacht. Hinzu kommt, dass sich der analytische Ertrag der seit 20 Jahren systematisch durchgeführten Wahlbefragungen erst heute in Ansätzen erkennen lässt und weitere Studien in Zukunft folgen werden. Gleichzeitig hat die zunehmende Professionalisierung der schweizerischen Wahlforschung dazu geführt, dass ihre Beiträge methodisch anspruchsvoll sind und zu einem grossen Teil nur noch in englischer Sprache in wissenschaftlichen Zeitschriften erscheinen. Damit einhergehend erschliessen sich viele dieser

Studien nur noch einer kleinen Gruppe von Fachexperten und die wichtigen - mitunter praxisrelevanten Erkenntnisse - bleiben einem breiteren Publikum verborgen. Vor diesem Hintergrund versucht der vorliegende Band eine Brücke zwischen wissenschaftlich fundierten und methodisch anspruchsvollen Analysen einerseits sowie allgemein verständlich und anschaulich verfassten Wahlstudien andererseits zu schlagen.

In inhaltlicher Hinsicht treten wir als Herausgeber des vorliegenden Bandes mit einem doppelten Anspruch an die Analysen anlässlich der eidgenössischen Wahlen von 2015 heran. Einerseits möchten wir die langfristige Kontinuität der schweizerischen Wahlforschung sicherstellen und die Tradition von älteren Schweizer Wahlstudien in Buchform fortführen (Kriesi et al. 1998; Sciarini et al. 2003). Andererseits ist es das erklärte Ziel, die Wahlforschung in der Schweiz auch innovativ voranzutreiben und über die Selects-Studien der letzten Jahre hinauszugehen, die vornehmlich als Spezialausgaben der *Swiss Political Science Review* erschienen sind (Bühlmann et al. 2006; Lachat et al. 2014; Lutz et al. 2010). Mit der Beachtung neuerer interdisziplinärer Themenfelder wie der Persönlichkeitsforschung, der Berücksichtigung kaum bekannter Datensätze und der Analyse neuer Parteiwählerschaften sollen daher auch Fragestellungen untersucht werden, die in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend ausgeblendet wurden. Verfasst wurden die 13 Beiträge von über 20 bisherigen oder ehemaligen Mitarbeitern des Berner Instituts für Politikwissenschaft (IPW). Damit handelt es sich um ein gemeinsames Publikationsprojekt des IPW, an dem sich alle fünf Professuren mit ihren Mitarbeitern beteiligt haben und mit dem das reichhaltige und detaillierte Fachwissen am Berner Institut im Bereich der Schweizer Wahlforschung wiedergegeben wird.

Unsere einleitenden Bemerkungen sind wie folgt aufgebaut: Nach einer kurzen Übersicht über den Wandel der gesellschaftlichen Konfliktlinien im schweizerischen Parteiensystem, die als Basis für das Verständnis des gewandelten Wählerverhaltens in der Schweiz dient, folgt ein Überblick über die einzelnen Kapitel des Bandes. Zunächst werden dabei diejenigen Beiträge vorgestellt, die an bestehende Referenzstudien anschliessen und damit Ausdruck der langjährigen Kontinuität in der schweizerischen Wahlforschung sind. Daran schliessen diejenigen Beiträge an, die neue Themen aufgreifen und für die Behandlung innovativer Fragestellungen stehen. Abschliessend werden auf der Grundlage der verschiedenen Studien einige gemeinsame Befunde zum aktuellen Wählerverhalten in der Schweiz herausgearbeitet und zusammengefasst.

## **2. Politische Koalitionen, Wahlergebnisse und Parteiensysteme im Wandel**

Obschon nicht vordringlich als Ansatz zur Erforschung des Wählerverhaltens begründet, wird in wissenschaftlichen wie alltäglichen Debatten häufig auf das makrosoziologische Modell historisch gewachsener gesellschaftlicher Konfliktlinien zur Erklärung von Parteiensystemen und Wahlergebnissen rekurriert.<sup>1</sup> In der traditionellen Version dieser Sichtweise stellen vier klassische Spaltungslinien (*cleavages*) einen zweidimensionalen Raum dar, der einerseits durch den Zentrum-Peripherie- und den Staat-Kirche-Konflikt (kulturelle Dimension) und andererseits durch den Stadt-Land- und den Arbeit-Kapital-Konflikt (wirtschaftliche Dimension) strukturiert wird (Lipset und Rokkan 1967).<sup>2</sup> Diese gesellschaftlichen Spaltungen basieren auf der

nationalen Revolution, insbesondere der Reformation und Gegenreformation im 16. und 17. Jahrhundert und der Französischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts sowie auf der industriellen und der Russischen Revolution im 19. und 20. Jahrhundert. Konfliktlinien geben den Takt der politischen Auseinandersetzungen vor und beeinflussen das Aufkommen und die Stärke politischer Parteien. Mit anderen Worten: Entlang dieser Spannungslinien entstehen Parteien, die sich der Anliegen der durch diese Konflikte definierten sozialen Gruppen annehmen. Es bilden sich daher mit der Zeit Koalitionen zwischen bestimmten Parteien und bestimmten sozialen Gruppen. Dreh- und Angelpunkt dieser Anschauung war die Annahme von der Langfristigkeit und Stabilität dieser Konfliktlinien und Koalitionen.

Lange Zeit beanspruchte die Annahme historisch eingefrorener Koalitionen und Parteiensysteme auch für die Schweiz Gültigkeit. Diese makrosoziologischen Konstellationen wurden in der Schweiz zusätzlich durch die Einführung des Proporzwahlsystems akzentuiert. Es führte zur ersten breiten Mobilisierung der verschiedenen Wählerschichten durch die erst einige Jahre zuvor auf nationaler Ebene gegründeten Parteien. Damit erhielten die vier klassischen Konfliktlinien ihre organisatorischen Träger: Die beiden älteren kulturellen Spaltungen prägten den Gegensatz zwischen der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) und der Katholischen Volkspartei (später Christlich-demokratische Volkspartei CVP). Und der ökonomisch beschaffene Stadt-Land-Konflikt zwischen der agrarischen Bevölkerung und dem immer mächtiger werdenden städtischen Bürgertum kam in den protestantischen Kantonen der Deutschschweiz durch die Auseinandersetzungen zwischen der BGB (später Schweizerische Volkspartei SVP) und der FDP zum Ausdruck (Vatter 2002, 2003).<sup>3</sup> Der konfessionelle Konflikt zwischen dem neu gegründeten

Nationalstaat und der vor allem in Erziehungs- und Bildungsfragen auf ihre korporativen Vorrechte pochenden katholischen Kirche prägte wiederum noch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein die Auseinandersetzungen zwischen den antiklerikalen Freisinnigen und den Katholisch-Konservativen (Altermatt 2012). Und die im Verlauf des 20. Jahrhunderts immer wichtiger werdende politische Spannungslinie zwischen Arbeit und Kapital manifestierte sich schliesslich in der Frontstellung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten (Nicolet und Sciarini 2010). Allein dem Zentrum-Peripherie-Konflikt kam angesichts der ausgebauten föderalen Autonomie für Minderheiten und aufgrund der sich überschneidenden sprachlichen und konfessionellen Grenzen nicht dieselbe Bedeutung wie in anderen multi-ethnischen Ländern zu (Linder 2010).<sup>4</sup> Dennoch blieben diese vier *cleavages* und die dadurch stimulierte unterschiedliche soziale Wählerbasis der vier grössten Parteien bis mindestens in die 1960er-Jahre sehr stabil und bestimmten die schweizerischen Wahlergebnisse und Parteiensysteme.

Der tief greifende Wandel in der Sozialstruktur, insbesondere die Entstehung des Dienstleistungssektors und der damit verbundene Rückgang des Bauernstandes und der traditionellen Arbeiterschaft sowie die starke Urbanisierung und Säkularisierung der Gesellschaft führten im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts aber zu einer deutlichen Abschwächung der traditionellen Konfliktlinien und zur Entstehung neuer Wertekonflikte. Dabei stand bei Teilen der jüngeren Generation zunächst die Realisierung postmaterialistischer Ziele im Gegensatz zu den materialistischen Forderungen früherer Generationen im Mittelpunkt (Inglehart 1971). Dieser neue Konflikt trug die typischen Merkmale eines neuen *cleavage* (Caramani 2011; Hug und Sciarini 2002): Erstens verfügte er über

eine eigene soziostrukturelle Grundlage, da die Postmaterialisten vorwiegend der neuen und gut ausgebildeten Mittelklasse angehören. Zweitens brachte der Konflikt spezifische Wertehaltungen zu Themen des Umweltschutzes, Feminismus und zur Ausweitung demokratischer und sozialer Rechte zum Ausdruck. Drittens wurde die Kontroverse durch neue soziale Bewegungen und vornehmlich grüne Parteien organisatorisch verarbeitet, die auch einen neuen Politikstil und unkonventionelle Beteiligungsformen wie Demonstrationen, öffentliche Diskurse und Petitionen pflegten. Während in den katholischen Kantonen noch lange Zeit vergleichsweise starke Bindungen an traditionelle Parteien vorherrschten, erzielten diese zum Zeitpunkt der Einführung des Frauenstimmrechts entstehenden grünen (und linken) Parteien (wie die als Reaktion darauf entstehende schweizerische Besonderheit der Auto-Partei) vor allem in den protestantischen deutsch- und französischsprachigen Kantonen rasche Erfolge. Im Zuge dieser Entwicklung gefielen sich die Sozialdemokraten immer mehr in der Annahme und Umsetzung von Forderungen der «68er-Generation» und der Umweltschutzbewegung und damit der Interessen des neuen Mittelstandes. Dadurch trat auch der traditionelle Klassenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital in den Hintergrund (Kriesi und Trechsel 2008: 88).

Der Zusammenbruch kommunistischer Regime ab 1989 und die nachfolgende ökonomische Liberalisierung, Globalisierung und Denationalisierung haben in der Schweiz, wie in anderen Ländern Westeuropas, darüber hinaus die Herausbildung des Öffnung-Schliessung-Konflikts stimuliert und damit eine weitere substanzielle Veränderung des Parteiensystems induziert (Bornschiefer 2010). Die ökonomischen und kulturellen Globalisierungsprozesse mit der Öffnung nationaler Arbeitsmärkte und Grenzen haben Gewinner wie die neuen

urbanen und gut ausgebildeten Mittelschichten und Verlierer wie ältere Bürger ländlicher Gebiete, unqualifizierte Arbeiter sowie Angehörige der alten Mittelschicht hervorgebracht. Diese bilden die strukturelle Basis dieses neuen *cleavage* (Caramani 2011; Kriesi 2007; Lachat 2008; Mazzoleni und Meuwly 2013). Dabei entzündet sich der neue Konflikt weniger an ökonomischen Fragestellungen als vielmehr an der Rolle der Schweiz in einer international stark verflochtenen Welt, konkret am Grad der europäischen Einbindung und an der Art und Weise der Migrationspolitik. Angesichts der wachsenden Furcht vor dem Verlust schweizerischer Traditionen durch die Europäisierung und Globalisierung der Politik gelingt es vornehmlich der SVP, die national-konservative Wählerschaft in den bürgerlichen Parteien sowie rechte Protestwähler im Rahmen dieses Identitätskonflikts an sich zu binden, während die Globalisierungsgewinner hauptsächlich durch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP), die Grüne Partei der Schweiz (GP) und die Grünliberale Partei Schweiz (GLP) mobilisiert werden (Hug und Sciarini 2002: 302; Sciarini 2013).

Heute lässt sich das schweizerische Parteiensystem in drei Lager gliedern, die sich in einem zweidimensionalen Raum verteilen. Dabei haben die beiden neuen Konfliktlinien zu einer Transformation der kulturellen Konfliktdimension geführt. Während somit auf der wirtschaftlichen Dimension weiterhin der (allerdings auf eine neue strukturelle Basis gestellte) Links-rechts-Konflikt zwischen dem linken Lager und den bürgerlichen Parteien dominiert, zeichnet sich die kulturelle Dimension heute weniger durch konfessionell bedingte Gegensätze aus, sondern vielmehr durch neue Wertekonflikte sowie vor allem durch die Spaltungslinie zwischen der Öffnung und Schliessung nationaler Grenzen (Kriesi 2007: 254). Diese Teilung der kulturellen Dimension entspricht parteipolitisch der Auffächerung des

rechten Lagers in eher moderate Parteien mit wirtschaftlich und kulturell liberalen Positionen (FDP, CVP, BDP) und einer nationalistisch ausgerichteten Partei (SVP), die kulturell konservativ und wirtschaftlich ambivalent ist (Kriesi 2005; Kriesi und Trechsel 2008; Lachat 2008). Es bleibt mit Blick auf das Wählerverhalten aber festzustellen, dass mit dem makrosoziologischen Modell von Lipset und Rokkan (1967) Wahlergebnisse allein mit gesellschaftlichen Konfliktlinien erklärt werden können. Wahlen sind in dieser Sichtweise als «Zählappell der sozialen Grossgruppen» zu interpretieren (Schoen 2005: 147). Welche weiteren Rahmenbedingungen, individuellen Einstellungen und Verhaltensmuster oder persönlichen Motive als Voraussetzungen und Bedingungen von Wahlbeteiligung und Wahlentscheid auszumachen sind, davon handelt dieser Band.

Tabelle 1: Phasen und Konfliktlinien des schweizerischen Parteiensystems im Überblick

Phase	Bezeichnung	Ereignisse und Reformen	Konfliktlinien ( <i>cleavages</i> )	Neue Parteien
1830–1873	Freisinnige Dominanz im neuen Bundesstaat	Regeneration Bundesstaat Kulturkampf BV-Revision	Zentrum-Peripherie (Tradition-Moderne) Staat-Kirche	Freisinn Katholisch-Konservative
1874–1918	Integration der KK als Folge der Einführung des Referendums	Einführung der Volksrechte Erster KK im Bundesrat	Staat-Kirche Stadt-Land Arbeit-Kapital	SP (1888) FDP (1894) DP (1905) KV (1912) LP (1913)
1919–1967	Integration von BGB und SP in die Regierung	Generalstreik 1918 Proporzwahl Regierungszusammensetzung gemäss «Zauberformel»	Arbeit-Kapital (d. h. links-rechts) Kommunismus-Rechtsstaat Faschismus-Rechtsstaat	EVP (1919) Nationale Front (1933) BGB (1936) LdU (1936) PdA (1944) Nationale Aktion (1961)
1968–1990	Entstehung neuer linker und grüner Parteien	Frauenwahlrecht 68er-Bewegung Ökologiebewegung	Links-rechts (zudem Alte vs. Neue Linke) Materialismus-Postmaterialismus	RML/SAP (1969) CVP (1970) SVP (1971) POCH (1971) GP (1983) AP (1985)
1991–heute	Aufstieg und Opposition der SVP	EWR-Abstimmung Bilaterale EU-Abkommen Ende der «Zauberformel»	Links-rechts Materialismus-Postmaterialismus Öffnung-Schiessung	Lega (1991) MCG (2005) GLP (2007) BDP (2008)

Anmerkungen: Abkürzungen der Parteienamen siehe Abkürzungsverzeichnis; BV = Bundesverfassung; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum; EU = Europäische Union; KK = Katholisch-Konservative/r.

Quelle: Vatter (2014: 110 f.).

### 3. Die Beiträge in der Übersicht: Kontinuität und Innovation in der Schweizer Wahlforschung

Unter dem Stichwort «Kontinuität» werden im nächsten Abschnitt jene Beiträge zusammengefasst, die in ihrer Fragestellung unmittelbar an bestehende Referenzstudien der schweizerischen Wahlforschung anschliessen und ihre Analysen aus dieser Perspektive weiterentwickelt haben. Unter der Rubrik «Innovation» werden im darauffolgenden Abschnitt all jene Studien behandelt, die im Rahmen des vorliegenden Bandes Neuland betreten. Neue Erkenntnisse - so wird aus den nachfolgenden Ausführungen schnell ersichtlich - können sich allerdings aus beiden Perspektiven ergeben.

### 3.1 Kontinuität in der Schweizer Wahlforschung

Im Band zu den eidgenössischen Wahlen von 1995 (Kriesi et al. 1998) widmete sich Ruth Nabholz (1998) den längerfristigen Trends der Schweizer Wahllandschaft von 1971 bis 1995. Sie kam damals zum Schluss, dass sich die Bindungen der Wählerschaft - gemessen anhand der Parteiidentifikationen - in diesem Zeitraum gelockert hatten. Weiter zeigte sie auf, dass die historischen Konfliktlinien im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts an Bedeutung verloren hatten, ohne dass sie durch neue ersetzt wurden. Ebenso zeichnete sich ab, dass die Klassen- und Konfessionszugehörigkeit der Bürger für den Wahlentscheid an Bedeutung einbüsste, wodurch vor allem bei traditionsreichen Parteien wie der CVP, FDP und SP die strukturelle Wählerbasis langsam, aber sicher erodierte. Obwohl der Anteil von Wechselwählern deutlich zugenommen hatte, drückte sich dies damals noch nicht in einer sichtbaren Veränderung der Wählerstärken der Parteien im Zeitverlauf aus. Deshalb kam Nabholz (1998: 40) zum Schluss, «dass der Wandel unter der Oberfläche gleichzeitig mit Stabilität an der Oberfläche einhergeht». Marc Bühlmann und Marlène Gerber schreiben in

ihrem Beitrag die Analyse der Veränderung der Wählerschaft bei den Schweizer Parteien seit 1971 fort. Gestützt auf klassische Ansätze zur Erklärung des Wählerverhaltens (Campbell et al. 1960; Lazarsfeld et al. 1969) behandeln sie die Frage, ob sich die Wählerschaften von CVP, FDP, GP, SP und SVP hinsichtlich ihrer Sozialstruktur und ihrer politischen Einstellungen gewandelt haben. Auf der Grundlage kumulierter Einzelerhebungen der Schweizer Wahlstudien stellen Bühlmann und Gerber wie schon Nabholz (1998) Stabilität und Wandel im Schweizer Wahlverhalten fest: Die Wählerschaften verändern sich, jedoch vorwiegend parallel zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Nennenswert ist zunächst die nun vollständig vollzogene Transformation der SP-Wählerschaft von der ursprünglichen Arbeiter- zur neuen Mittelschichtspartei. Während die traditionell linke Arbeitnehmerschaft aufgrund der Abschwächung des ökonomischen Umverteilungskonflikts den Sozialdemokraten zunehmend den Rücken kehrte, mobilisierten die linken Parteien gleichzeitig im Rahmen des neuen kulturellen Öffnung-Schliessung-Konflikts die gut gebildete und einkommensstarke Mittelklasse aus dem urbanen Raum (Nicolet und Sciarini 2010). Bei den Katholiken wiederum setzte sich die Auflösung der Bindungen zur CVP weiter fort. So wählte 2011 eine deutliche Mehrheit dieser Konfessionsgruppe eine andere Partei als die Nachfolgepartei der Katholisch-Konservativen. Gleichzeitig bleibt die geschrumpfte CVP für Protestanten weiterhin kaum wählbar. Nicht nur, dass es der CVP schwerfällt, ausserhalb ihrer Hochburgen neue Wählerschichten anzusprechen. Zusätzlich schwinden die zunehmend älteren Katholiken in den Stammgebieten der ehemaligen Sonderbundskantone als traditionelle Wählerbasis der CVP fortlaufend (Altermatt 2012). Bei der SVP fallen schliesslich sowohl der deutliche Wandel ihrer soziostrukturellen Basis als auch die ideologische

Neupositionierung ihrer Wählerschaft seit Mitte der 1990er-Jahre auf. Die etwas sprunghaften Änderungen in den politischen Einstellungen der Wählerschaften scheinen hingegen eher das Ergebnis kurzfristiger Ereignisse zu sein.

In seiner Analyse zu den Nationalratswahlen von 1995 ist Wolf Linder (1998) zum ersten Mal systematisch der Frage nachgegangen, welche Bedeutung den verschiedenartigen Einflüssen wie der Haltung zu politischen Sachfragen, der Parteibindung und der Kandidatenorientierung beim Wahlentscheid zukommt. Sein Befund war eindeutig: Bei den eidgenössischen Wahlen 1995 stellte die Parteiidentifikation das wichtigste Motiv für den Wahlentscheid dar. Gleichzeitig wies Linder aber darauf hin, dass das sachthemenbezogene Wählen (Issue Voting) gerade auch in einer Referendumsdemokratie eine wichtige Rolle spielte. Die Nachfolgestudie von Holzer und Linder (2003) bestätigte im Wesentlichen die Befunde von Linders Pionierstudie. Während der Parteiidentifikation für den Wahlentscheid am Ende des 20. Jahrhunderts nach wie vor eine zentrale Bedeutung zukam, entpuppte sich die Kandidatenorientierung im Vergleich zu 1995 als etwas weniger wichtig. Vor allem aber gewannen politische Streitfragen zusätzlich an Relevanz und erwiesen sich von allen untersuchten Grössen als die stärksten Faktoren zur Erklärung des Wahlentscheids. Wie schon 1995 war auch im Wahljahr 1999 die Einstellung zum Verhältnis Schweiz - Europäische Union der wichtigste politische Konflikt, was die zunehmende Relevanz und Stabilität dieser neuen Konfliktlinie seit Anfang der 1990er-Jahre andeutete. Der Beitrag von Maya Ackermann und Sara Kijewski zu den Determinanten des individuellen Wahlentscheides knüpft an die Untersuchungen von Linder (1998) sowie Linder und Holzer (2003) an. Die beiden Autorinnen widmen sich der empirischen Überprüfung des sozialpsychologischen Modells zur

Erklärung der individuellen Parteiwahl bei den Nationalratswahlen 2011. In der Tradition von Campbell et al. (1960) analysieren sie den Einfluss der Parteiidentifikation, der Einstellungen zu Sachfragen und der Kandidatenorientierung auf die Wahlentscheidung. Obwohl die Bedeutung der Parteiidentifikation in den meisten entwickelten Industrienationen gesunken ist (Lachat 2008), zeigen ihre Befunde eine anhaltend starke Relevanz dieser Einflussgrösse für die Parteiwahl in der Schweiz auf. Ebenso spielt - wie erwartet - bei den grösseren Parteien die Kandidatenorientierung eine nach wie vor wichtige Rolle, dies gilt insbesondere für die SVP. Im Weiteren finden sich starke Zusammenhänge zwischen der Sachfragenorientierung und der Parteiwahl, wobei im Vergleich zu den früheren Studien von Holzer und Linder (2003) und Linder (1998) einzelne Sachfragen an Bedeutung verloren haben (z.B. Besteuerung hoher Einkommen und Kernenergie), andere aber nach wie vor von wahlentscheidender Relevanz sind (z.B. europäische Integration und öffentliche Ausgaben für die Armee). Insbesondere für linke und rechte Parteien erweisen sich damit die Sachfragenorientierungen der Wählerschaft auch unter Kontrolle der Parteiidentifikation als bedeutsam.

Während Ackermann und Kijewski die verschiedenartigen Einflüsse auf das schweizerische Wahlverhalten untersuchen, konzentrieren sich Matthias Fatke und Markus Freitag in ihrem Beitrag auf die Zusammensetzung der Nichtwählerschaft bei den Schweizer Wahlen 2011. Als Referenzstudie dient ihnen die Analyse von Marc Bühlmann, Markus Freitag und Adrian Vatter (2003), die erstmals die einzelnen Gruppen von Nichtwählern in der Schweiz am Beispiel der Nationalratswahlen von 1999 untersucht hatten. Gemeinsamen Eigenschaften der abstinenten Wählerschaft zum Trotz (geringer sozioökonomischer Status, geringes politisches Interesse und ein schwach ausgebildetes

politisches Grundwissen) zeigten die drei Autoren auf, dass die Nichtwählenden am Ende des 20. Jahrhunderts alles andere als eine homogene Einheit darstellen. Vielmehr liessen sich die Schweizer Wahlabstinenten in sechs Typen unterteilen: die politisch Desinteressierten, die Politikverdrossenen, die sozial Isolierten, die Inkompetenten, die Protestierenden und die alternativ Partizipierenden. Der letztgenannte Typ stellte dabei eine schweizerische Besonderheit dar. Obwohl die Merkmale dieses Nichtwählertyps eine hohe Wahlteilnahme vermuten liessen, blieb diese Gruppe den nationalen Wahlen fern. Allerdings partizipierte sie überdurchschnittlich bei kantonalen Wahlen und Sachabstimmungen, da diesen Mitwirkungsmöglichkeiten eine direktere politische Einflussnahme zugesprochen wurde. Die Analyse von Fatke und Freitag zu den Wahlen 2011 offenbart sowohl Übereinstimmungen als auch deutliche Abweichungen zur Studie von Bühlmann et al. (2003). Einerseits finden sie in Ansätzen vier der sechs Nichtwählertypen der Wahlen von 1999 wieder. Auch in ihrer Studie gibt es Hinweise auf politisch wenig interessierte, inkompetente, sozial isolierte und politikverdrossene Nichtwähler. Allerdings lassen sich hie und da doch gewichtige Unterschiede in den soziodemografischen Merkmalen, Einstellungen und Motiven der Gruppen im Vergleich der beiden Analysen erkennen. Zudem liefern die Informationen aus dem Jahre 2011 Hinweise auf unkonventionell Teilnehmende und die Gruppe der abstimmenden Nichtwähler. Insbesondere die abstimmende Gruppe erliegt eher dem Charme der Volksabstimmungen statt der Wahlen. Zudem vertraut sie den politischen Institutionen und zeigt sich auch zufriedener mit der Demokratie im Allgemeinen.

Der Beitrag von Anita Manatschal und Carolin Rapp stellt in verschiedener Hinsicht einen direkten Bezug zu früheren Wahlstudien her. Vor dem Hintergrund des ideologischen Wandels

und fulminanten Aufstiegs der SVP zur wählerstärksten Partei der Schweiz gehen sie den Fragen nach, wer heute die SVP wählt und welches die Gründe dafür sind. Mit ihrer Analyse der Wählerschaft der SVP knüpfen die Autorinnen zunächst an die vergleichende Studie von McGann und Kitschelt (2005) an. Diese wählten die Gemeinsamkeiten zwischen der Schweizerischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) Ende der 1990er-Jahre als Ausgangspunkt für ihre Untersuchung. Beide Parteien hatten einen programmatischen Wandel durchlaufen, charismatische Führer an ihre Spitze gewählt und innerhalb kurzer Zeit grosse Wahlerfolge errungen. Beeindruckend war für McGann und Kitschelt (2005) vor allem der Wandel des Berufsprofils der SVP-Wählerschaft innert kurzer Zeit. Während die «alte» SVP von 1991 noch vornehmlich eine Partei der Gewerbetreibenden, Landwirte und Rentner darstellte, war die «neue» SVP-Wählerschaft nun stark von einfachen Angestellten und Arbeitern geprägt. Ideologisch gingen zudem mit der Wahl der «neuen» SVP ein starker soziokultureller Konservatismus, ein ausgeprägter Marktliberalismus sowie vor allem eine unmissverständliche Opposition zu einem EU-Beitritt einher. Einen noch engeren Bezug hat das Kapitel von Manatschal und Rapp zu den Analysen von Kriesi und Sciarini (2003) und Kriesi et al. (2005). Vor allem Letztere betrachteten den Aufstieg der SVP primär als Reaktion auf den starken sozioökonomischen Wandel, der eine neue Konfliktlinie zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung hervorbrachte. Vor dem Hintergrund dieser Analysen legen Manatschal und Rapp den Schwerpunkt in ihrer SVP-Wahlanalyse auf die Einstellungen zu den vorherrschenden Sachfragen (vgl. hierzu auch Bornschieer 2010; Hardmeier und Vatter 2003; Lachat 2008; Oesch und Rennwald 2010). Dabei können sie sich sowohl auf aktuelle Daten zu den eidgenössischen Wahlen von 2011 als auch auf einen neu zugänglichen

Längsschnitt-Datensatz seit 1991 zu den Selects-Nachwahlbefragungen stützen. Ihre Ergebnisse bestätigen dabei in verschiedener Hinsicht die früheren Befunde. So sind die Einstellungen zur besseren Chancengleichheit von Schweizern gegenüber Ausländern sowie zur Ablehnung des EU-Beitritts der Schweiz nach wie vor sehr wichtige Faktoren für den SVP-Wahlentscheid. Neben dem sogenannten Blocher-Effekt und der Parteiidentifikation erweisen sich die neuen kulturellen Streitfragen damit seit Jahren als äusserst bedeutsam für die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit, was sowohl auf die Themenstärke der SVP als auch auf die mittlerweile starke Verankerung des Öffnung-Schliessung-Konflikts im schweizerischen Politiksystem hinweist. Damit gelingt es der SVP fortlaufend, ihr Profil als pointiert europakritische, nationalkonservative und rechtspopulistische Partei zu festigen. Der Vergleich über die letzten 25 Jahre macht deutlich, dass der polarisierende Stil und die europaskeptische und kulturprotektionistische Haltung der SVP mit einer weiteren Schärfung des Profils der SVP-Wählerschaft einhergegangen sind. So stimmten 2011 junge Männer mit einem geringen formalen Bildungsgrad aus ländlichen Regionen der Deutschschweiz deutlicher für die SVP als noch 2003 (vgl. auch Lutz 2012).

Schon die Studien zu den eidgenössischen Wahlen von 1999 (Sciarini et al. 2003) widmeten sich mit verschiedenen Beiträgen der zunehmenden Medialisierung, Professionalisierung und Amerikanisierung schweizerischer Wahlkämpfe. Allerdings wiesen die damaligen Studien auf eine nicht weit fortgeschrittene Modernisierung der schweizerischen Wahlkampfkommunikation hin. Zwar hinterliess der Übergang von der Parteien- zur Mediendemokratie zu Beginn des 21. Jahrhunderts auch bei helvetischen Wahlkämpfen seine Spuren. Jedoch kam Hardmeier (2003) zum Befund, dass in der Schweiz - von wenigen

Ausnahmen abgesehen - keine amerikanischen Verhältnisse vorzufinden seien. Während Selb (2003) am Beispiel des Kantons Zürich untersuchte, ob und wie Wahlkampagnen einen Einfluss auf den Wahlerfolg ausüben, analysierte Lachat (2003) die persuasive Wirkung von Kampagnen. Beide Autoren wiesen darauf hin, dass die Wirkungen von Wahlkampagnen in der Schweiz nicht überschätzt werden sollten. Die Untersuchung von Selb belegt etwa, dass für den Wahlerfolg von Politikern der Amtsträgerbonus viel bedeutsamer ist als die Höhe der Werbeausgaben. Lachat wiederum zeigt eindrücklich auf, dass die Kampagneneffekte aufgrund von Prädispositionen stark begrenzt sind. Der Beitrag von Claude Longchamp und Cloé Jans knüpft an diese Studien an und setzt sich mit den Wirkungen von Geld und Kommunikation in Wahlkämpfen bei den Nationalratswahlen 2011 auseinander. Zum einen werden die Entwicklungen beleuchtet, die den aktuellen Rahmen für politische Kampagnen in der Schweiz bilden. Dazu zählen insbesondere die gestiegenen Werbeausgaben der Parteien für nationale Wahlen. Zusätzlich zeichnet sich aber auch ein Wandel in der Art und Weise ab, wie Wahlkampagnen geführt werden: Nicht nur wird im Kampf für einen Sitz im Nationalrat immer mehr Geld ausgegeben; Wahlkampagnen werden auch immer professioneller und strategischer geführt. Daraus leiten Longchamp und Jans aus der gängigen Wahlforschung eine Typologie der Kampagneneffekte ab, die dazu dient, die Daten zu den Wahlen 2011 zu untersuchen. In ihren empirischen Analysen kommen sie zum Schluss, dass zwischen der Höhe der finanziellen Ressourcen, welche die Parteien in Wahlkampagnen ausgeben und den Wahlergebnissen sichtbare Zusammenhänge bestehen. Das zeigt sich am deutlichsten bei der Reaktivierung und Mobilisierung der eigenen Wählerpotenziale, aber ebenso bei der Verhinderung von Konversion, wobei bei allen drei Effekten die SVP am

erfolgreichsten abschneidet. Der Aufbau und die Verstärkung von Meinungen sowie auch der unterbliebene Positionswechsel sind damit Folgen des finanziellen Mitteleinsatzes der Parteien in Wahlkampagnen, hängen aber zusätzlich auch von der Wählerstärke der Parteien ab, so das Fazit von Longchamp und Jans.

Jan Fivaz und Daniel Schwarz gehen in ihrem Beitrag der grundlegenden Frage nach, inwieweit sich Wähler und Kandidierende bei politischen Positionen bei den Nationalratswahlen von 2011 unterscheiden. Als Ausgangspunkt dient ihnen die Arbeit von Leimgruber et al. (2010), die sich ebenfalls mit der Positionierung von Wählern und Kandidierenden im politischen Raum auseinandergesetzt hat (vgl. auch Lachat 2008; Lutz 2010). Im Gegensatz zu ihrer Referenzstudie stützen sich Fivaz und Schwarz in ihren Analysen auf die Daten der Online-Wahlhilfe Smartvote, was verschiedene Vorteile mit sich bringt. So ist die Datengrundlage viel breiter und die einzelnen Fragen zu den politischen Positionen von Wählern und Kandidierenden sind viel umfangreicher als bei standardisierten Befragungen. Damit lässt sich der politische Raum über die bekannte Links-rechts-Achse hinaus auch mehrdimensional ausmessen. Die Befunde von Fivaz und Schwarz bestätigen dabei in weiten Teilen diejenigen von Leimgruber et al. (2010): Die Kandidierenden - und in noch stärkerem Masse die Gewählten - übertrumpfen ihre Wähler hinsichtlich der Einnahme extremer politischer Positionen deutlich. Gleichzeitig macht der Beitrag den Nutzen von Online-Wahlhilfen wie Smartvote für die Erforschung politikwissenschaftlicher Fragestellungen deutlich, wenn verschiedene Annahmen zu Distanzmessungen (Directional Voting vs. Proximity Voting) geprüft werden sollen.

Den Ausgangspunkt des Beitrags von Julian Bernauer und Sean Mueller bilden die Unterschiede der traditionell dezentral

organisierten kantonalen Parteiensysteme. Mit ihrer Analyse zum Nationalisierungsgrad subnationaler Parteiensysteme greifen sie eine seit Jahren intensiv diskutierte Frage der schweizerischen Parteien- und Wahlforschung auf (Caramani 2004). Während Armingeon (1998) Ende des 20. Jahrhunderts mit Blick auf das kantonale Wählerverhalten und Ladner (2004) mit Fokus auf das regionale Parteiengefüge vor allem noch die Heterogenität des kantonalen Kontexts bei eidgenössischen Wahlen herausgestrichen haben, weisen die neueren Arbeiten von Bochsler und Wasserfallen (2013) sowie Hermann und Leuthold (2008) vor allem auf die fortschreitende Nationalisierung der schweizerischen Parteienlandschaft hin. Bernauer und Mueller knüpfen an diese Studien an, indem sie das Ausmass und die Gründe der Nationalisierungstendenzen der einzelnen Parteien in der Schweiz analysieren, worunter sie die Gleichmässigkeit der territorialen Verbreitung von Parteien verstehen. Als Datengrundlagen dienen die Wahlergebnisse der Parteien bei den Nationalratswahlen von 1991 bis 2011. Die differenzierten Ergebnisse weisen auf eine generelle Zunahme der Nationalisierung bei den meisten Parteien im Verlaufe der Zeit hin, wobei die beiden grossen Polparteien SP und SVP sowie die Grünen die grössten Entwicklungsschübe zeigen. Mögliche Erklärungen für die teilweise noch unvollständige Nationalisierung schweizerischer Parteien finden sich, neben der sprachlichen und religiösen Heterogenität der Kantone als Ausdruck der verschiedenen soziokulturellen Einstellungen in der Wählerschaft, vor allem in den unterschiedlichen Wahlkreisgrössen und in der ungleichen kantonalen Wahlbeteiligung.

### 3.2 Innovation in der Schweizer Wahlforschung

Der vorliegende Band tritt auch mit dem Anspruch an, in der schweizerischen Wahlforschung bisher vernachlässigte sowie aufgrund aktueller Entwicklungen noch unbeantwortete Fragestellungen zu beleuchten. Dazu gehört zunächst die Frage nach den in der Öffentlichkeit lange Zeit kaum beachteten Wirkungen institutioneller Spielregeln. Ihnen kommt in der föderalen Schweiz mit den Kantonen als Wahlkreise eine besondere Bedeutung zu. In seinem Beitrag unterbreitet Adrian Vatter erstmalig eine Gesamtübersicht über die Wirkungen der einzelnen Elemente des schweizerischen Wahlsystems auf die Wahlerfolge und Repräsentation der einzelnen Parteien. Nach einem Überblick über die historische Entwicklung und das heutige Wahlverfahren für den Nationalrat wird die Frage behandelt, welche Parteien von den spezifischen Charakteristika des Wahlsystems profitieren und welche davon benachteiligt werden. Seine empirischen Analysen zu den Wirkungen des schweizerischen Wahlsystems zeigen, dass die Wahlkreisgrösse den markantesten Disproportionalitätseffekt auf die Umwandlung von Stimmen in Mandate ausübt. Besonders die mittleren und grösseren Volksparteien wie die CVP, FDP und SP profitieren bei den Nationalratswahlen von den kleinen kantonalen Wahlkreisen mit hohen Eintrittsschwellen, kleinere Parteien wie die Grünen und die Evangelische Volkspartei (EVP) gehören hingegen zu den Verlierern des föderalen Wahlsystems. Aus den Listenverbindungen - ursprünglich als Korrektiv für den föderalen Nationalratsproporz mit den kleinen kantonalen Wahlkreisen eingeführt - ziehen vor allem Mitteparteien wie die GLP und das rot-grüne Lager (GP, SP) den grössten Nutzen, während sich die grosse Offenheit des schweizerischen Wahlsystems für die (rechts-)bürgerlichen Parteien, insbesondere FDP und SVP, negativ auswirkt (vgl. hierzu auch Bochsler 2010). Gemäss Vatter zieht die Sozialdemokratische Partei insgesamt die grössten